

SOLIDARITÄT



IM FOKUS

**Asbest weltweit
verbieten**



SUISSE
SOLIDAR

KÄMPFEN FÜR GLOBALE FAIRNESS



Felix Gnehm

Geschäftsführer Solidar Suisse

**LIEBE LESERIN,
LIEBER LESER**

Auf meiner Asien-Dienstreise besuchten wir ein Lungenspital in der chinesischen Millionenmetropole Chengdu. Luan Zhang*, der mutige Mitarbeiter unserer chinesischen Partnerorganisation, führte uns klandestin zum Patienten Bao Li*. Der schwerkranke Li erhält Rechtshilfe von unserem asiatischen Netzwerk für Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz. «Sie sagten immer, ich hätte Tuberkulose, aber mittlerweile weiss ich, dass ich unter der unheilbaren Krankheit Silikose leide», erzählt er. Als Mineur in einem Bergwerk atmete er jahrelang krebserregendes Silikat ein, bis er unheilbar an Lungenkrebs erkrankte. Bao Li und mit ihm Millionen von Asbest- oder Silikoseopfern werden weder gehört noch kommen sie zu ihrem Recht. Sie sind «Kollateralschäden» eines extraktiven Kapitalismus, in dem die Gesundheit und Sicherheit von Arbeiter*innen als mühsame Kostentreiber gelten.

Tiefe Löhne, Krankheiten, Unfälle und Todesfälle gehören zu den grössten Armutsfallen und zu den wichtigsten Faktoren, warum Wohlstand und Vermögen immer ungleicher verteilt sind. Daher fordert Solidar Suisse von Regierungen und Konzernen mehr Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz. Aktuell bemühen wir uns gemeinsam mit Gewerkschaften, dass die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmenden im Rahmen der ILO als Menschenrecht anerkannt werden. Das fordern wir auch von der Schweiz, die sich bisher mit fadenscheinigen Gründen und der Wirtschaftslobby im Nacken gegen diesen Fortschritt wehrt. Speziell empört sind wir, dass Asbest in vielen Ländern des Südens nach wie vor breit zur Anwendung kommt, während er im Norden längst verboten ist. Lesen Sie hier, warum, und engagieren Sie sich gemeinsam mit uns für ein weltweites Asbestverbot. Wir widmen diese Ausgabe Bao und den vielen Asbestopfern.

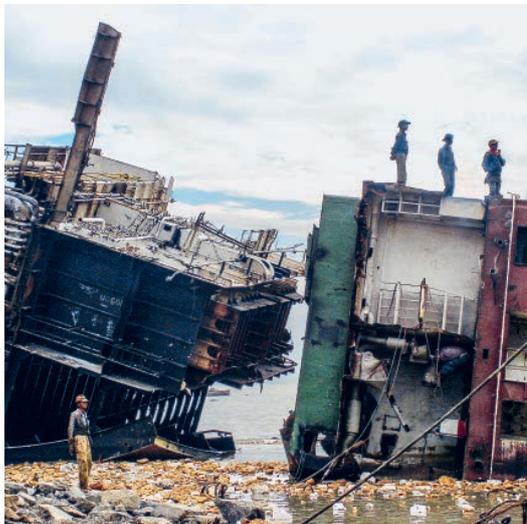
Felix Gnehm

*Namen geändert.

Titelbild Ein Mann, der an Asbestose leidet, atmet mit Hilfe der Sauerstoffflasche im Spital von Prieska, Südafrika. Foto: Juda Ngwenya

INHALT

04



Im Fokus – Asbest

- 04 Asbest ist in Afrika und Asien immer noch weit verbreitet – mit tödlichen Folgen
- 08 Das Asian Ban Asbestos Network kämpft für ein weltweites Asbestverbot
- 09 Der Asbestlobby ist jedes Mittel recht, um ein Verbot ihrer tödlichen Industrie abzuwenden
- 10 In den meisten afrikanischen Ländern ist Asbest nicht verboten, es gibt sogar noch Minen
- 11 Über 30 Jahre nach dem Verbot ist Asbest in der Schweiz weiterhin ein Problem
- 12 Manal Azzi von der ILO kämpft dafür, dass Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz zum fundamentalen Arbeitsrecht werden

13 Festgehalten

Aktuelles im Überblick

14 Hingeschaut

Seit Anfang März unterstützt Solidar Suisse ukrainische Geflüchtete in Rumänien

Warum Judith Bucher und Mario Carera Solidar Suisse in ihrem Testament berücksichtigen würden

16 Anpacken

Die Sicherheitskrise in Burkina Faso hat die Arbeit von Julien Lompo fundamental verändert

19 Mitkämpfen

Aktiv werden mit Solidar Suisse

14



16

17 **Kolumne**

18 **Sudoku und Medienschau**

19 **Impressum**

20 **So sieht extreme
Ungleichheit aus**

IM FOKUS - ASBEST WELTWEIT VERBIETEN





Die Arbeiter*innen auf den Schiffsfriedhöfen in Chittagong, Bangladesch, sind häufig ohne Schutzausrüstung Asbest ausgesetzt.

In Europa schon seit Jahrzehnten untersagt, ist Asbest in Afrika und Asien immer noch weit verbreitet – mit tödlichen Folgen. Das dringend notwendige Verbot wird von den Herstellungsländern skrupellos hintertrieben.

ASBEST IST EINE ZEITBOMBE

*Text: Bernhard Herold, Programmleiter Asien,
Fotos: Adam Cohn und Kaustav Bhattacharya*

Viele sind überrascht, wenn sie erfahren, dass Asbest noch nicht weltweit verboten ist. Die hohen Opferzahlen in den Industrieländern in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts müssten eigentlich Grund genug sein, diese tödliche Faser aus dem Verkehr zu ziehen. Doch in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern, besonders in Asien, wird Asbest nach wie vor eingesetzt. Dies nicht zuletzt dank einer mächtigen internationalen Lobby (siehe Seite 9) und der Passivität der Industrieländer und der zuständigen internationalen Gremien.

Hierzulande trotz Verbot immer noch ein Problem

In der Schweiz wurde Asbest 1990 verboten, und das Bewusstsein für die gesundheitlichen Risiken bei Altbausanierungen ist hoch. Doch die krebserregende Faser wird mehrheitlich als ein Problem der Vergangenheit betrachtet, eine Altlast eben. Dabei waren gemäss Suva zwischen 2014 und 2018



von durchschnittlich 133 Todesopfern aufgrund von Berufskrankheiten pro Jahr 123 auf die Langzeitfolgen von Asbest zurückzuführen. Die Kosten für Behandlungen, Invalidenrenten und Taggelder belaufen sich auf jährlich über 80 Millionen Franken. Das Perfide an den asbestbedingten Krankheiten ist, dass die Latenzzeit – die zeitliche Distanz zwischen dem Kontakt mit Asbeststaub und dem Ausbruch der Krankheit – bis zu 40 Jahre betragen kann.

Asbest weltweit verbieten

Solidar Suisse kämpft seit Jahren für ein weltweites Verbot von Asbest. So unterstützen wir mit unserer Partnerorganisation Asia Monitor Resource Centre (AMRC) die nationalen Stopp-Asbest-Kampagnen in Indien und Bangladesch und die regionale Kampagne in Südostasien (siehe Seite 8). Über die internationale Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter*innen BHI engagieren wir uns auch in der Aufklärungsarbeit für Bauarbeiter*innen in Afrika, damit sie Schutzmassnahmen und nationale Verbote einfordern können (siehe Seite 10).

Am einfachsten wäre es, das Problem auf internationaler Ebene zu lösen. Die Weltgesundheitsorganisation WHO und die Internationale Arbeitsorganisation ILO warnen schon seit Jahren vor den Folgen von Asbest. Mit der Rotterdam Convention, dem «Übereinkommen über das Verfahren der vorherigen Zustimmung nach Inkennzeichnung für bestimmte gefährliche Chemikalien sowie Pestizide im internationalen Handel», gibt es ein internationales Abkommen, das zwar keine Verbote gefährlicher Substanzen ausspricht, aber immerhin eine Regulierung des Handels vorsieht. Es wurde 1998



Ihre Spende wirkt

Mit 50 Franken unterstützen Sie ein Asbestopfer mit überlebenswichtigen Medikamenten, die das Atmen erleichtern. Mit 70 Franken können sich zwei Arbeiter*innen, die mit Asbest in Kontakt kamen, medizinisch untersuchen lassen. Mit 500 Franken kann eine Website in einer lokalen Sprache erstellt werden, um die Arbeiter*innen zu informieren, wie gefährlich Asbest ist und wie sie sich schützen können.

Häuser eines Armenviertels in Mumbai, deren gewellte Dachplatten mit grosser Wahrscheinlichkeit Asbest enthalten.

unterzeichnet, trat 2004 in Kraft, wurde inzwischen von 165 Parteien ratifiziert und wäre dafür gedacht, Umwelt- und Gesundheitsrisiken zu begrenzen, die durch gefährliche Chemikalien wie Pestizide entstehen können. Arbeiter*innen in der Landwirtschaft, der Industrie und auf dem Bau sowie Konsument*innen in Entwicklungs- und Schwellenländern sollten geschützt werden.

Abkommen mit Konstruktionsfehler

Das Problem ist jedoch, dass es für die Aufnahme einer gefährlichen Substanz in den Anhang des Abkommens einen Konsens aller Vertragsparteien braucht. Wegen des Konsensprinzips kann jedes Land mit Exportinteressen die Aufnahme eines bestimmten Produkts in das Abkommen verhindern. So sind derzeit vier besonders gefährliche Pestizide sowie Chrysotil-Asbest (Weissasbest) durch fehlenden Konsens blockiert – Asbest bereits seit 2006. Damals hatte der zuständige Ausschuss die Aufnahme von Chrysotil-Asbest empfohlen. Doch diese wird seither von einer kleinen Gruppe von

Die Aufnahme von Asbest und anderen gefährlichen Chemikalien in dessen Anhang darf nicht länger durch einzelne Länder verhindert werden können. Dies würde zwar nicht zu einem weltweiten Verbot führen, dürfte aber immerhin das Bewusstsein für die Gefährlichkeit von Asbest erhöhen und den Regierungen Argumente liefern, um die Verwendungsmöglichkeiten stark einzuschränken oder ein nationales Verbot zu erlassen.

Neueren Schätzungen zufolge sterben jedes Jahr über 200 000 Menschen an asbestbedingten Erkrankungen. Zum Vergleich: Alle Kriege und bewaffneten Konflikte zusammen hatten laut dem Stockholm International Peace Research Institute SIPRI im Jahr 2020 etwa 120 000 Todesopfer zur Folge. Wegen der weiteren Verwendung des hochgefährlichen Stoffs in Asien und Afrika ist noch viele Jahrzehnte lang mit hohen Opferzahlen zu rechnen. Asbest ist eine Zeitbombe. Wenn sie nicht jetzt entschärft wird, führt sie weiter zu unsäglichem Leid, das mit wenig Aufwand vermeidbar wäre.

Jedes Jahr sterben mehr Menschen an Asbest als in Kriegen und bewaffneten Konflikten.

Ländern, angeführt von Russland, an jeder Vertragsparteien-Konferenz (COP) blockiert. Und als Gipfel des Zynismus benutzen diese Länder die Tatsache, dass Asbest nicht vom Rotterdamer Übereinkommen erfasst ist, als Argument für seine angebliche Ungefährlichkeit – und werben damit bei den Regierungen in Asien und anderen Weltregionen für ihr tödliches Produkt.

Aufhebung des Konsensprinzips gefordert

Aus diesem Grund setzt sich Solidar Suisse im Rahmen eines Netzwerks von globalen Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen für die Reform des Rotterdamer Übereinkommens ein.



Was ist Asbest?

Asbest ist ein Sammelbegriff für faserförmige Silikat-Mineralen. Diese werden industriell zu Materialien verarbeitet, die eine hohe Festigkeit aufweisen, hitze- und säurebeständig sind. Asbest galt lange als «Wunderfaser», bis man feststellte, dass er zu schweren Lungenkrankheiten wie Asbestose und Lungenkrebs oder zu Brustfellkrebs führen kann. Chrysotil- oder Weissasbest wird hauptsächlich als Armierungsfaser in Asbestzement eingesetzt, mit dem die bekannten gewellten Dachplatten hergestellt werden. Die grösste Gesundheitsgefahr ist Asbeststaub, der etwa bei der Herstellung asbesthaltiger Materialien und beim Abbruch von Gebäuden oder der Zerlegung von Schiffen entsteht.

DIE STIMME DER OPFER

In den meisten asiatischen Ländern wird Asbest weiterhin verwendet. Das Netzwerk ABAN kämpft für ein Asbestverbot.

Text: Elaine Lu, Projektkoordinatorin Asien, Foto: ABAN



Siti Kristina aus Westjava hat nach jahrelangem Kampf die Anerkennung ihrer Asbestose als Berufskrankheit erreicht.

«Als Folge meiner Arbeit in einer Textilfabrik habe ich Asbestose», erzählt Siti Kristina aus Westjava, die unter Atemnot, Hustenanfällen und Gewichtsverlust leidet. «Obwohl ich schon seit zehn Jahren nicht mehr dort arbeite, hängen die Fasern in meiner Lunge und verschlechtern meinen Gesundheitszustand von Tag zu Tag.» Seit ihrer Diagnose kämpft Siti Kristina im Asian Ban Asbestos Network (ABAN) für ein Asbestverbot in den Ländern Asiens.

Erste Schritte für nationale Asbestverbote

Bis jetzt hat Nepal als einziges Land in der Region 2014 den Import und die Verwendung von Asbest und asbesthaltigen Materialien untersagt. Mit der Durchsetzung hapert es jedoch. So wird weiterhin

«Viele Asbestopfer erhalten die Fehldiagnose Tuberkulose.»

asbesthaltiger Zement importiert und sind Bremsbeläge, die Asbest enthalten, vom Verbot ausgenommen. ABAN setzt auch bei Provinz- und Stadtregierungen an. So dürfen im indischen Bundesstaat Bihar keine Asbestfabriken mehr gebaut und in Kerala keine Schuldächer aus Asbestplatten an-

gebracht werden. In der indonesischen Stadt Bandung ist die Verwendung von asbesthaltigen Materialien in allen neuen Gebäuden untersagt.

Um ein nationales Verbot zu erreichen, müssen Regierungen für die Schädlichkeit von Asbest sensibilisiert werden. In Kambodscha fordern Opfervertreter*innen die Entwicklung eines nationalen Aktionsplans. In Vietnam wurde über asbestbedingte Krankheiten informiert und die Kennzeichnung von asbesthaltigen Produkten gefordert. Auch die Weiterbildung zur Diagnose asbestbedingter Krankheiten für medizinisches Personal und Ärzt*innen ist wichtig. Denn viele Asbestopfer erhalten die Fehldiagnose Tuberkulose. Doch nur, wenn betroffene Arbeiter*innen als Asbestopfer identifiziert werden, können sie ihre Rechte einfordern.

Die Lügen der Asbestlobby

Die Asbestindustrie übt Druck auf die Regierungen Südostasiens aus, um ein Verbot von Asbest zu verhindern. So wurden NGOs und Aktivist*innen in Pakistan von der Regierung und von Unternehmen bedroht. Die Asbestlobby verbreitet Fehlinformationen zu den Auswirkungen von Asbest und finanziert sogar Studien, um die Erkenntnisse der Asbestverbot-Kampagne zu widerlegen. Zudem behauptet sie, die Verwendung von asbestfreien Materialien erhöhe die Kosten. Deshalb betont das ABAN-Netzwerk die Wichtigkeit einer Kosten-Nutzen-Analyse und fokussiert auf Kampagnen für die Kennzeichnung von Asbest. ABAN versucht auch, Finanzinstitute in der Region für eine asbestfreie Politik zu gewinnen. So hat sich die Asiatische Infrastrukturinvestmentbank 2021 in ihren Umwelt- und Sozialbestimmungen verpflichtet, Asbest in den finanzierten Projekten auszuschließen. Dies sind erste Erfolge lokaler Aktivist*innen, die wissen, wovon sie sprechen. Die Opfer müssen weltweit gehört werden.

LÜGEN, DROHUNGEN, SPIONAGE

Der Asbestlobby ist jedes Mittel recht, um ein Verbot ihrer tödlichen Industrie abzuwenden.

Text: Laurie Kazan-Allen, IBAS, Cartoon: Andy Vine

Regierungen belügen, Falschinformationen verbreiten, Aktivistinnen, Politiker und Opfergruppen ausspionieren, Beamte, Gewerkschafterinnen und medizinische Sachverständige bestechen, illegale Absprachen treffen und Debatten manipulieren: Die Asbestindustrie zieht seit Jahrzehnten alle Register, um ihre gesundheitsschädlichen Produkte weiterverkaufen zu können – in vollem Wissen um die tödlichen Folgen. Ich erwähne hier nur ein paar Beispiele, wie sie über Leichen geht.

Hart umkämpfte Verbote

Vor einem knappen Jahrhundert gründeten europäische Asbestzement-Hersteller ein Kartell. Zum Schutz ihrer Gewinne etablierten sie meist illegale Praktiken: Preisabsprachen, die Aufteilung von Märkten und wettbewerbswidrige Vereinbarungen, um Kund*innen an sich zu binden. Als die US-Umweltschutzbehörde Mitte der 1980er Jahre die schrittweise Einstellung der Asbestverwendung plante, bekämpfte die Lobby dies mit allen Mitteln, aktiv unterstützt von der kanadischen Regierung. Leider hatte eine ihrer Klagen Erfolg: Am 18. Oktober 1991 wurde das amerikanische Asbestverbot und der stufenweise Ausstieg gekippt. Seit dem 21. Februar 2022 ist Asbest in den USA nicht mehr verboten.

Nach dem Entscheid zur Aufhebung des US-Verbots kündigte die französische Regierung 1996 ihrerseits ein Verbot an: Als Gegenmassnahme klagte Kanada bei der Welthandelsorganisation (WTO). Doch am 12. März 2001 bestätigte das Berufungsgremium der WTO das Recht der Regierungen ihrer Mitgliedsländer, die Bevölkerung vor giftigen Stoffen wie Asbest zu schützen.

Abstrafungen durch die Lobby

Anderorts gelang es der Asbestlobby, drohende Verbote abzuwenden: Als der Oberste Gerichtshof Brasiliens 2017 Asbest verbot, verabschiedete der asbestproduzierende Bundesstaat Goiás ein Gesetz, das den Abbau weiterhin erlaubte. 2018 verhängte die russische Regierung ein Embargo für die Einfuhr von Ceylon-Tee, um die Regierung

Sri Lankas für ihr geplantes Asbestimport-Verbot zu bestrafen. Daraufhin wurden die Pläne kurzerhand fallen gelassen. Im Juni 2017 kündigte das ukrainische Gesundheitsministerium ein Asbestverbot an – es wurde vom Justizministerium und der staatlichen Regulierungsbehörde annulliert. Als das ukrainische Parlament im Februar 2021 den Vorschlag für ein Asbestverbot verabschiedete, reagierte die Industrie mit Asbestwerbung und der Falschmeldung, bei einer Annahme müssten alle Asbestdächer entfernt werden. Wegen des Konflikts in der Ukraine konnte die russische Asbestindustrie nicht selbst intervenieren, also übernahmen der kasachische Botschafter in der Ukraine und der kasachische Minister für Handel und Integration die Interessenvertretung. Bislang ist das Verbot in der Schwebe.

Bespitzelte Aktivist*innen

Zu diesen und weiteren bekannten Interventionen kommt, was sich hinter verschlossenen Türen abspielt. Die Asbestindustrie kann nur in Ländern gedeihen, in denen es keine demokratischen Institutionen gibt, die sie zur Rechenschaft ziehen könnten. Und sie bezahlt PR-Leute, Anwälte und Politikerinnen, um Verbote zu verhindern. Wie viele andere Aktivist*innen, musste auch ich die Fratze hinter der Maske kennenlernen. Von 2012 bis 2016 wurde ich von einem britischen Spion ins Visier genommen, der über 600 000 Dollar erhielt, um die Aktivitäten und Pläne des globalen Asbestverbot-Netzwerks in Erfahrung zu bringen. Die verdeckte Operation mit dem Codenamen «Project Spring» wurde von zwielichtigen Osteuropäer*innen mit Verbindungen zur Asbestindustrie in Auftrag gegeben und bezahlt. Doch wir lassen uns nicht einschüchtern. Die Zukunft ist asbestfrei.

Weitere Infos: www.ibasecretariat.org



«ES SIND DIE ARMEN, DIE KRANK WERDEN»

In den meisten afrikanischen Ländern ist Asbest nicht verboten und wird weiterhin verwendet oder sogar in Minen abgebaut. Die Gewerkschaft BHI engagiert sich für ein Asbestverbot.

Text: Katja Schurter, verantwortliche Redaktorin der Solidarität, Foto: Kevin Walsh

«Die Gesetze werden nicht durchgesetzt», meint Crecentia Mofokeng auf die Frage, wie es möglich sei, dass zum Beispiel in Südafrika und Moçambique Asbest trotz Verbots immer noch verwendet wird. «Doch die meisten afrikanischen Länder haben Asbest nicht einmal verboten – und Zimbabwe baut es gar weiterhin ab. Das muss aufhören.» Deshalb setzt sich die Verantwortliche der Gewerkschaft Bau- und Holzarbeiter*innen International (BHI) für Afrika und den Mittleren Osten für ein weltweites Asbestverbot ein.

Ein Stoff für die Armen

Sie weiss, warum Asbest weiter verwendet wird: «Weil es billig ist. Hier gibt es eine Kluft zwischen Arm und Reich. Es sind die Armen, die krank werden.» Zum Beispiel Arbeiter*innen, aber auch ihre Familien und Gemeinschaften, die dem Staub ausgesetzt sind, den diese nach Hause bringen, oder die in asbestverseuchten Häusern wohnen. Asbest wird weiterhin in Autos, Pneus, Wasserleitungen und Zement verwendet. Die meisten Arbeiter*innen wissen nicht, wie gefährlich die Faser ist. Deshalb setzt die BHI-Kampagne auf Sensibilisierung und Informationen, wie sie sich schützen können. «Wir haben schon 10 000 Arbeiter*innen erreicht mit unseren Flyern zum Verbot und Schutz vor Asbest.

Am 28. April 2021, dem Memorial Day, haben wir mit einem Erinnerungsbaum allen gestorbenen Arbeiter*innen gedacht. Asbest ist ein Killer.» Weltweit sind 125 Millionen Menschen an ihrem Arbeitsplatz Asbest ausgesetzt, für Afrika fehlen konkrete Zahlen. «Todesfälle werden nicht gemeldet und die Arbeiter*innen nicht darüber informiert», sagt Mofokeng.

Es braucht Druck

Doch nicht nur die Arbeitenden wissen über die Gefährlichkeit von Asbest nicht Bescheid, sondern auch Arbeitgeber*innen und Regierungen. Deshalb engagiert sich die BHI in tripartiten Verhandlungen mit Vertreter*innen von Regierungen, Arbeitgebern und Gewerkschaften. «Es braucht eine starke Gewerkschaftsbewegung, damit sich die Regierungen bewegen», weiss Mofokeng aus Erfahrung. «Russland, Brasilien, Kasachstan und China produzieren weiterhin Asbest und exportieren es in Entwicklungs- und Schwellenländer, die sich kein teures Material leisten können. Sie bezahlen viel Geld, um für ihre Produkte zu werben, und verbreiten Lügen über deren Ungefährlichkeit. Und unsere mit China befreundeten Regierungen lassen es zu, dass die Gesetze gebrochen werden», empört sie sich. «Dabei wäre es problemlos möglich, andere Materialien zu verwenden.» Mofokeng fordert

nationale Verbote, die auch durchgesetzt werden, und dass Asbest endlich in die Rotterdam-Konvention (siehe Seite 5) aufgenommen wird, damit Arbeiter*innen informiert zustimmen müssen, wenn Asbest verwendet wird – was faktisch auf ein weltweites Verbot hinauslaufen würde. Bleibt die Frage, wie sich der Rückbau von Asbest auf sichere Weise bewerkstelligen lässt: «Wie können wir verhindern, dass dabei nicht wieder die Luft verschmutzt und Menschen gefährdet werden?» Ein Problem, das auch in der Schweiz noch nicht gelöst ist.



Asbestmine in Mashaba in Zimbabwe.

ASBEST IN DER SCHWEIZ: NICHT GEBANNT GEFAHR

Über 30 Jahre nach dem Verbot von Asbest sind die Folgekrankheiten, die Entschädigung der Opfer und die Exposition nach wie vor aktuelle Probleme.

Text: Vasco Pedrina und Dario Mordasini, ehemalige Verantwortliche für Gewerkschaftskampagnen gegen Asbest, Foto: Unia

1990 hat die Schweiz als eines der ersten Länder Asbest verboten. Spät angesichts der Tatsache, dass die Suva 1939 die erste asbestbedingte Berufskrankheit anerkannt hatte und schon Anfang des 20. Jahrhunderts in verschiedenen Ländern über tödliche Asbesterkrankungen berichtet worden war. Gleichzeitig war es nicht selbstverständlich als Standort der Eternit AG, einer der grössten Produzentinnen von asbesthaltigen Produkten.

Gewerkschaften erkämpfen Asbestverbot

Bis Ende der 1970er Jahre waren die Gesundheitsrisiken von Asbest kaum ein Thema. Ein wesentlicher Grund dafür liegt in der langen Latenzzeit zwischen Exposition und Ausbruch der Krankheit. Mitte der 1980er Jahre lancierte die GBH (Gewerkschaft Bau und Holz, heute Unia) mit dem SGB eine mehrjährige Informationskampagne zum Einsatz und zu den Gesundheitsrisiken von Asbest. Sie rückte die Problematik ins öffentliche Bewusstsein: Umfragen am Arbeitsplatz wurden durchgeführt, Forderungen von Expert*innen für ein Asbestverbot erarbeitet, Missstände medienwirksam denunziert, politische Vorstösse eingereicht. Dies führte sukzessive zur Wende. Beigetragen hat auch das Umdenken von Stephan Schmidheiny, dem damaligen Hauptexponenten der Asbestindustrie.

Entschädigung aller Opfer: besser spät als nie

Die Schaffung eines Entschädigungsfonds für Asbestopfer im Jahr 2017 brachte – zwar spät – einen bedeutenden Fortschritt. Die Unterstützung und Entschädigung ist trotzdem erst teilweise gelöst. Bei Angestellten, die am Arbeitsplatz mit Asbest in Kontakt gekommen sind, gilt das Unfallversicherungsgesetz UVG zu Leistungen für Berufskrankheiten. Asbestopfer können aber auch «indirekt» mit Asbest in Kontakt gekommen sein. Zum Beispiel Frauen, die zu Hause die kontaminierten Arbeitskleider der Ehemänner wuschen und deshalb erkrankten. Sie erhalten die besseren Leistungen des UVG nicht.

Auch das Problem der Verjährung von Rechtsansprüchen ist nicht behoben. Ausserdem wissen nicht alle erkrankten Arbeiter*innen, dass sie Anspruch auf Versicherungsleistungen haben – vor



*Eröffnung der Ausstellung
«100 Asbesttote» am 28. April 2010
auf der Piazza Riforma in Lugano.*

allem Migrant*innen, die nach der Rückkehr in ihre Herkunftsländer krank geworden sind. Hier hat das Engagement der Gewerkschaften und Asbestopfervereine jedoch Erfolge gezeigt: Die Verjährungsfrist wurde Anfang 2020 auf 20 Jahre verdoppelt, der erwähnte Entschädigungsfonds berücksichtigt zuerst Asbestopfer, deren Erkrankung nicht als Berufskrankheit anerkannt wurde; zurückgekehrte Migrant*innen werden kontaktiert und über allfällige Versicherungsansprüche informiert. Doch diese Massnahmen reichen noch nicht.

Gefährlicher Asbest-Rückbau

Da in der Schweiz in vielen Gebäuden Asbest verbaut wurde, besteht auch 30 Jahre nach Inkrafttreten des Verbots das Risiko, Asbest ausgesetzt zu werden, insbesondere bei Renovationen und Rückbauarbeiten. Präventionsmassnahmen zum Umgang mit Asbest, wie sie das Forum Asbest Schweiz entwickelt, sind deshalb nach wie vor wichtig. Nicht ausgeschlossen werden kann auch der (illegale) Import von asbesthaltigen Produkten, zum Beispiel von Bremsbelägen, was kaum bekannt ist. Nicht zuletzt müssen sich die Schweiz und andere Länder, in denen Asbest untersagt ist, für ein weltweites Verbot engagieren. So wie es Solidar Suisse in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften tut.



Foto: ILO

SCHUTZ UND GESUNDHEIT ALS FUNDAMENTALES ARBEITSRECHT

Warum Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz ein fundamentales Arbeitsrecht werden sollen, erklärt Manal Azzi, Expertin der Internationalen Arbeitsorganisation ILO.

Interview: Katja Schurter, verantwortliche Redaktorin der Solidarität

Was sind die grössten Herausforderungen, um Sicherheit am Arbeitsplatz zu garantieren?

Das hängt von der Branche, dem Land und dessen Entwicklung ab, aber Krankheiten und Unfälle am Arbeitsplatz sind generell ein grosses Problem. Zu den traditionell gefährlichen Sektoren gehören Landwirtschaft, Bauindustrie und Bergbau, doch psychosoziale Risiken rücken vermehrt in den Vordergrund: Suizide, Burn-out, Angstzustände, Depressionen. Das hat mit der Corona-Pandemie noch zugenommen. Problematisch ist aber auch, dass Arbeiter*innen giftigen Stoffen ausgesetzt sind. Die Auslagerung der Produktion an Subunternehmen in den Lieferketten sowie informelle Anstellungsverhältnisse erhöhen die Gefahr. Prävention und Schutz sind an zu vielen Orten mangelhaft, ebenso wie die Datenlage, weshalb wir auf Schätzungen angewiesen sind.

An der internationalen ILO-Jahreskonferenz im Juni sollen Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz zum fundamentalen Arbeitsrecht erklärt werden.

Dafür kämpfen wir seit fast vier Jahren. Die bestehenden fundamentalen Prinzipien und Rechte am Arbeitsplatz – keine Zwangsarbeit, keine Kinderarbeit, keine Diskriminierung, Vereinigungsfreiheit – sollen durch dieses fünfte ergänzt werden. Das würde den Stellenwert von Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz entscheidend verändern, denn alle Länder müssen die Kernarbeitsnormen einhalten, ob sie diese ratifiziert haben oder nicht.

Welche Widerstände gab es?

Es wurde gesagt, dass das Recht auf Gesundheit und Arbeitssicherheit komplex sei und nicht wirklich garantiert werden könne, was ja bei allen Rechten ein Problem ist. Die Hauptsorge

war einerseits, welche ILO-Konventionen damit verbunden würden, und andererseits die Auswirkungen auf bestehende Freihandelsabkommen (FHA). Müssen FHA das fünfte Prinzip automatisch erfüllen? Oder müssen sie zuerst angepasst werden? Das kann die jeweilige Regierung entscheiden.

Wir möchten, dass die Arbeiter*innen das Recht haben, sich keinen gefährlichen Bedingungen auszusetzen, und dass definiert wird, wer dafür verantwortlich ist. Im Zentrum stehen die Prävention und der Zugang zu Expertise und Instrumenten, um dieses Recht durchzusetzen.

*Was ändert sich für Arbeiter*innen, wenn die Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz zur ILO-Kernkonvention werden?*

Es würde zur nationalen Priorität mit Budget, Ressourcen, erhöhten Kapazitäten. Die Lancierung von Projekten und globalen Kampagnen hätte einen besseren Schutz zur Folge. Ausserdem könnten sich die Arbeiter*innen im Kampf um Arbeitssicherheit darauf berufen.

Würde es sich auch auswirken auf den Umgang mit Asbest in Ländern, wo er immer noch nicht verboten ist?

Asbest wird nicht explizit erwähnt. Aber die Pflicht, über den Umgang mit giftigen Stoffen zu berichten, würde generell erhöht, und da Asbest als krebserregend anerkannt ist, müsste ein sicherer Arbeitsplatz frei von Asbest sein.



Foto: ILO

BESSERE ARBEITSBEDINGUNGEN IN DER GIG-ECONOMY

Ende 2021 hat Solidar Suisse zum ersten Mal eine Ausschreibung der Entwicklungsagentur USAID gewonnen. Das fünfjährige Projekt zielt darauf ab, neue Organisationsformen für den informellen Sektor zu fördern, die trotz zunehmender Repression gegen die zivilgesellschaftliche Organisierung funktionieren. In der schnell wachsenden Plattform- oder Gig-Economy bieten scheinbar unabhängige Arbeitnehmende ihre Dienste über Apps an, in Wirklichkeit werden sie aber von globalen Tech-Unternehmen kontrolliert. Und auch die meisten Wanderarbeiter*innen haben keine geregelten Arbeitsbedingungen. Dank einem Erfahrungsaustausch sollen Basisorganisationen verschiedener Sektoren in sieben Ländern wirksamer mobilisieren können.

KAMBODSCHA: KAMPF GEGEN ENTLASSUNGEN

Seit Ende Dezember sind mehrere hundert Arbeiter*innen des Casino-Giganten NagaWorld in Phnom Penh im Streik, um gegen ihre unrechtmässige Entlassung zu kämpfen. Die kambodschanische Regierung erklärte den Streik für illegal und nahm mehrere Gewerkschafter*innen fest. Ende März sassen immer noch elf Gewerkschafter*innen im Gefängnis: ein massiver Verstoss gegen Arbeits- und Menschenrechte, der auch von der ILO und der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte scharf kritisiert wird. Zusammen mit lokalen Partnerorganisationen beteiligt sich Solidar Suisse aktiv an der internationalen Protestbewegung und machte mit einer Aktion vor der kambodschanischen UN-Mission in Genf am 7. Februar auch hier Druck.



Foto: Solidar Suisse



Foto: ZVG

SCHWEIZER SÄNGER WEGEN ASBEST GESTORBEN

Der Luzerner Musiker Thomas Hösli starb vor fünfzehn Jahren an Lungenkrebs infolge des Asbeststaubs, dem er bei Sanierungsarbeiten des Unispitals Zürich ausgesetzt war. Hösli war zeit seines Lebens ein Buezer, da es ihm trotz grossem Talent finanziell nie zum Rockstar reichte. Das Thema Asbest ermöglicht eine Hörempfehlung, die komplett an der Aktualität vorbeizieht. Wer es gerne laut mag, dreht am besten den Regler bei seiner Band *Stevens Nude Club* voll auf. Die Feingeister können drei Alben Hörgenuss von *Hösli & Ricardo* entdecken. Hier enttarnt Hösli in seinem sonoren Bariton unsere tiefsten Sehnsüchte in «Wie hätten Sie's den gern» und schont auch die Genoss*innen nicht in «Lehrer und bei der SP».

NACH DEM GEBURTSTAGSFEST FIELEN DIE BOMBEN

Wenige Tage nach Beginn der russischen Invasion in der Ukraine unterstützte Solidar Suisse bereits geflüchtete Ukrainer*innen in Rumänien. Ein Tag Anfang März.

Text: Melanie Wirz, Medienverantwortliche, Foto: Andrei Pungovschi/Fairpicture



Yuliia Temchenko mit ihren Kindern im Empfangszentrum der Solidar-Partnerorganisation in Brasov.

Die Strassen von Brasov sind mit frischem Schnee bedeckt. Der weisse Glitzer tanzt bei jedem Schritt wild durch die Luft. Es ist der internationale Frauentag, der in Rumänien mit Blumen gefeiert wird. Am Eingang eines Businesscenters ausserhalb der Stadt stehen Tulpen in grossen Eimern. Sie sind für alle Ukrainerinnen, die nach einer langen Reise hier in Brasov ankommen, bei der Solidar-Partnerorganisation *Migrant Integration Center*.

Nächte in der U-Bahn-Station

Yuliia Temchenko hält eine weisse Tulpe in der Hand. Einen Tag zuvor hat sie von ihrer Flucht aus Kiew erzählt, davon, wie sie nicht an einen Krieg in der Ukraine glaubte. «Ich feierte meinen 37. Geburtstag in einem Restaurant und sagte zu meinen Freunden, dass die Politik den Konflikt lösen und Putin seine Truppen wieder abziehen werde, bevor sie in Kiew einmarschieren», erinnert sie sich. 24 Stunden später stand sie am Fenster ihrer Wohnung im 11. Stock und sah in der Ferne die Bomben fallen. Die nächsten zwei Nächte verbrachte sie in einer U-Bahn-Station, die beiden Söhne in dicke Jacken und Wolldecken eingepackt. «Dann wusste ich, dass ich noch

ein letztes Mal in meine Wohnung gehen würde, um zu packen und die Ukraine zu verlassen.»

Seit Beginn der russischen Invasion sind mehrere Millionen Ukrainer*innen geflohen und haben Schutz in den Nachbarländern Moldawien, Polen, Ungarn, Rumänien und der Slowakei gesucht. Solidar Suisse hat schnell reagiert und unterstützt vertriebene Ukrainer*innen in Rumänien: Bis 2015 selbst dort tätig, konnten wir unsere Verbindungen innerhalb von wenigen Tagen reaktivieren. Die Kontaktaufnahme führte zu zwei lokalen Partnerorganisationen im Migrationsbereich, die geflüchtete Ukrainer*innen direkt unterstützen – mit Beratung, Verpflegung, Unterkünften, erster Hilfe. Wie im Zentrum in Brasov. «Wir wurden hier sehr herzlich aufgenommen», sagt Yuliia Temchenko. Trotzdem sei die Situation unerträglich. «Plötzlich allein und abhängig von der Hilfe anderer zu sein – ich hätte nicht gedacht, dass es mir einmal so ergehen würde.»

Herzlicher Empfang

Es kommen vor allem Frauen und Kinder hier an, weil Männer im wehrpflichtigen Alter die Ukraine nicht verlassen dürfen. Yuliia Temchenko überquerte die Grenze in Siret im Norden von Rumänien, den kleinen Sohn auf den Schultern, den älteren an der Hand. Wie sie kommen die meisten zu Fuss oder mit dem Auto. Sie werden herzlich willkommen geheissen, mit Schildern in kyrillischer Schrift, warmem Essen – und vielen helfenden Händen. Zelt an Zelt ist aneinandergereiht, dazwischen verschneites Gras und glühende Wärmepilze. Es weht ein eisiger Wind. Die Stimmung ist unheimlich ruhig, die Ankommenenden sind erschöpft und still. Die Anspannung fällt erst von ihnen ab, wenn sie sich ausruhen können – und realisieren, dass sie in Sicherheit sind. «Als wir mit dem Bus in Brasov ankamen, konnte ich zum ersten Mal durchatmen», erzählt auch Yuliia Temchenko. Sie ist mittlerweile in Dänemark. Anfang März hatte sie das Ticket bereits in der Tasche, wusste aber noch nicht, ob sie wirklich fliegen sollte, weil sie der Ukraine nicht den Rücken kehren wollte. Doch bereits damals sagte sie: «Ich weiss, dass meine Kinder dort eine sichere Zukunft haben und unter normalen Bedingungen leben würden.»

VERÄNDERUNG BEWIRKEN

Warum ist es Menschen wichtig, ihr Vermögen für einen sinnvollen Zweck zu vererben? Ein Gespräch mit Judith Bucher und Mario Carera vom Solidar-Vorstand.

Interview: Christof Hotz, Nachlassbetreuer, Fotos: Solidar Suisse



Mario, du bist seit zehn Jahren im Vorstand von Solidar Suisse, du, Judith, sogar schon seit 23 Jahren. Was motiviert euch?

Judith: Als Gewerkschafterin beim VPOD setze ich mich Tag für Tag für anständige Arbeitsbedingungen und Mitwirkungsrechte ein – in der Schweiz. Menschenwürdige Arbeitsbedingungen, Demokratie und Mitspracherechte sind jedoch weltweit ausschlaggebend. Die Werte von Solidar entsprechen meinen eigenen.
Mario: Ich finde Solidarität ein unheimlich wichtiges Konzept, das in der Schweiz gegenüber sogenannten «Drittweatländern» zu wenig gelebt wird. Gute Arbeitsbedingungen, keine Kinderarbeit, Frauenrechte sind mir wichtig. Solidar vertritt mit seinen Standbeinen Entwicklungszusammenarbeit und Sensibilisierung in der Schweiz einen sehr sinnvollen Ansatz, um soziale, ökologische und auch persönliche Veränderungen zu bewirken.

Als Fundraiser interessiert mich, was die Begriffe «Testament», «Patientenverfügung», «Vorsorgeauftrag» bei euch auslösen?

Mario: Leute, die etwas vererben können, sollen im Testament natürlich an ihre Kinder und Familie denken. Wenn sie nicht vergessen, dass nicht nur ihre Angehörigen, sondern auch die

Zivilgesellschaft hier und weltweit Unterstützung brauchen, ist das eine Chance. Je grösser das Vermögen, desto wichtiger ist diese Solidaritätsdimension.

Judith: Ich habe keine Kinder und werde kein allzu grosses Vermögen hinterlassen. Wenn etwas übrigbleibt, finde ich es sinnvoll, dies einer sozialen Institution oder Solidar zukommen zu lassen. Ich glaube, viele denken, sie könnten erst ab einer halben Million von einem Legat sprechen. Ich kann mir aber vorstellen, dass auch ein paar tausend Franken durchaus hilfreich sein können.

Absolut! Ich betreue die Nachlässe bei Solidar seit 15 Jahren, von 500 Franken bis zu einer Million ist alles dabei. Aber meist sind es zwischen 1000 und 10 000 Franken. Jeder Beitrag ist eine wichtige Unterstützung unserer Arbeit. Jetzt bin ich neugierig: Habt ihr schon ein Testament geschrieben?

Judith und Mario: Natürlich nicht!

Und warum nicht?

Judith: Ich bin sehr faul in administrativen Dingen. Aber ich will endlich eine Patientenverfügung machen – und da wäre es sinnvoll, auch gleich ein Testament anzupacken.

Mario: Ich denke halt mehr an das Leben ... Aber ich werde mich auch darum kümmern.

Wie würde eure Familie reagieren, wenn ihr ein Legat machen würdet, statt alles ihr zu vererben?

Mario: Sie würde mich verstehen, denn sie kennt mein Engagement und meine Vision.

Judith: Meine auch. Mein Vater hat einen Teil seines sehr kleinen Vermögens Organisationen vermacht, die seinen Werten entsprachen, und das war gut so.

Was muss eine Organisation neben gemeinsamen Werten dafür erfüllen?

Mario: Die transparente Finanzierung ist für mich wichtig, und dass das Geld in konkrete Projekte fliesst.

Judith: Dazu kommt die Qualität: Ich muss sicher sein, dass etwas erreicht wird. Mir persönlich ist nicht so wichtig, wo genau mein Geld eingesetzt wird.

Treffen diese Anforderungen auf Solidar Suisse zu?

Mario: Auf jeden Fall. Solidar ist engagiert, hat klare Werte und developmentpolitische Visionen.

Judith: Ja, auch weil Solidar Projekte zusammen mit lokalen Partnern erarbeitet und durchführt. Es gibt nichts Schlimmeres, als wenn wir Europäerinnen und Europäer mit erhobenem Zeigefinger sagen: «So, wir zeigen euch jetzt, wie das geht!»



Wie verfasse ich ein Testament?

Christof Hotz ist bei Solidar Suisse die Ansprechperson für Fragen zu Erbschaften und Legaten. Er vermittelt auch gerne unabhängige Expert*innen und Unterlagen zum Thema: christof.hotz@solidar.ch oder 044 444 19 45.



«ES IST KEIN RELIGIÖSER KONFLIKT»

Julien Lompo ist in Burkina Faso verantwortlich für die Solidar-Projekte zu Demokratie, Partizipation und humanitärer Hilfe und sorgt dabei auch für die Sicherheit seines Teams. Wegen der zunehmenden Gewalt wird dies zu einer immer wichtigeren Aufgabe.

Text: Lionel Frei, Kommunikation, Foto: Solidar Suisse

Julien Lompo ist ein besonnener, ruhiger und wohlwollender Mensch. Das sind wertvolle Eigenschaften, um die Sicherheit der Projekte und des Teams von Solidar Suisse in Burkina Faso zu gewährleisten. Denn das Land, das lange Zeit für seine Stabilität und den Frieden zwischen den verschiedenen Ethnien bekannt war, hat sich seit 2015 dramatisch verändert (siehe Kasten).

Vom Bürgermeister zum Sicherheitsbeauftragten

Der Sohn einer Beamtenfamilie begann seine Laufbahn im öffentlichen Dienst. Als Jurist mit einem Abschluss der Verwaltungs- und Richterschule übernahm er im Alter von 32 Jahren während des Volksaufstands von 2014 seine erste wichtige Funktion: «Die Gemeinderäte wurden aufgelöst, als Blaise Compaoré nach 27 Jahren an der Macht gestürzt wurde», erzählt er. «Während des Übergangs übernahm ich in einem Dorf kurzfristig das Amt des Bürgermeisters.» Später war er bei der deutschen Entwicklungshilfe (GIZ) im Dreiländereck Burkina Faso – Mali – Niger unter anderem für

die Sicherheit zuständig. «Die Grenzgebiete sind spannend – und spannungsgeladen: Sie teilen Bevölkerungen, die vereint waren, bevor die heutigen

«Trotz allem gibt es in Burkina Faso eine grosse Solidarität: Viele Vertriebene haben bei Bekannten Zuflucht gefunden.»

Grenzen gezogen wurden. Und sie erhalten oft weniger öffentliche Investitionen als die Zentren. Wenn der Staat glaubwürdig sein will, muss er hier die Dienstleistungen für die Bevölkerung ausbauen.»

Rote, gelbe und grüne Zonen

Die Projekte weiterverfolgen und dabei die Sicherheit unserer Mitarbeiterinnen und Partner

Boundoré liegt in der Sahelregion, die stark von der Sicherheitskrise betroffen ist.

Carlo Sommaruga
Solidar-Präsident



Es braucht ein weltweites Asbestverbot. Jetzt.

Während ich diese Zeilen schreibe, beginnt gerade der Angriff auf die Ukraine und ihre Bevölkerung. Bereits sind mehr als drei Millionen Menschen aus der Ukraine geflüchtet, und Solidar Suisse hat sofort reagiert. Wir bringen unsere Erfahrung in humanitärer Hilfe in Ländern Afrikas, Lateinamerikas, Asiens und Rumänien ein. Wir hatten das Glück, auf Kontakte zu Partnerorganisationen aus unseren früheren Projekten zurückgreifen und so bereits die ersten Geflüchteten mit dem Notwendigsten versorgen zu können. Angesichts der Art des Konflikts ist zu befürchten, dass unser Engagement langfristig nötig sein wird – ermöglicht auch dank Ihrer Grosszügigkeit.

Die tragische und brutale europäische Aktualität darf uns aber nicht die gefährlichen Arbeitsbedingungen von Millionen von Frauen und Männern weltweit vergessen machen, von denen jährlich mehr an den Spätfolgen von Asbesteinwirkung sterben als durch kriegsrische Konflikte weltweit.

Auch in der Schweiz gehört das Problem noch nicht der Vergangenheit an: Das Asbestverbot von 1990 war das Resultat eines jahrelangen Gewerkschaftskampfes, erst 2020 wurde endlich die Verlängerung der Verjährungsfrist für Ansprüche von Asbestkranken erreicht, und die Langzeitfolgen gehen weiter. Solidar Suisse unterstützt seit einigen Jahren zusammen mit internationalen Gewerkschaften und der Unia die Kampagne für ein weltweites Asbestverbot. Eine Kampagne, die im Einklang steht mit unserem steten Einsatz für würdige Arbeitsbedingungen. Eine Kampagne, der mächtige Interessen entgegenstehen, die wir aber im Namen der Gesundheit von Arbeiter*innen weltweit und möglichst schnell gewinnen müssen.

gewährleisten ist eine knifflige Aufgabe, die Lompo bewältigen muss. Dank Informationen aus seinem Netzwerk und genauer Beobachtung kann er die Sicherheitslage vor Ort einschätzen. Dafür teilt er das Gebiet und die Verkehrsverbindungen in drei Farben ein. Bei Rot muss das Projekt unterbrochen werden, bei Gelb kann es mit speziellen Massnahmen fortgesetzt werden, bei Grün ist die Lage sicher. «Manchmal können wir unsere Arbeit über lokale Organisationen fortsetzen. Ihre Mitarbeitenden kennen sich vor Ort besser aus, weshalb sie sicherer sind.» Die NGOs koordinieren ihre Sicherheitsvorkehrungen über formelle und informelle Netzwerke. «Dank dieses Austauschs können wir uns einen Überblick über die generelle Situation im Land verschaffen.»

Widerstandsfähige Bevölkerung

Trotz der Sicherheitsprobleme und ihrer massiven sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen seien die Menschen sehr anpassungsfähig und unterstützten einander, wie Julien Lompo betont. «Entgegen der allgemeinen Annahme ist es kein religiöser Konflikt», erklärt er. Die Angriffe von bewaffneten Gruppen schüren jedoch Feindseligkeiten zwischen Gemeinschaften, die zuvor in guter Nachbarschaft lebten, und führen zu einer Spirale der Gewalt. «Trotz allem gibt es in Burkina Faso eine grosse Solidarität: Viele Vertriebene haben bei Bekannten in einem anderen Teil des Landes Zuflucht gefunden. Nur eine Minderheit muss in Flüchtlingslagern leben.»



Gewalt: eine neue Realität in Burkina Faso

Die Krise in Burkina Faso begann 2015 mit ersten Angriffen von bewaffneten Gruppen aus Mali. Seit 2019 hat sich die Sicherheitslage massiv verschlechtert: Im Norden und später auch im Osten des Landes gibt es immer heftigere und regelmässige Anschläge. Inzwischen wurden mehr als 2000 Menschen getötet, und über 1,7 Millionen Menschen sind aus den Grenzregionen geflohen.

9						7	3	8
4		8						
3			7				6	
				5		9		
			1	9	7			
		3		2				
	1				4			5
						1		6
8	6	7						9

SOLIDAR-SUDOKU

Füllen Sie die leeren Felder mit den Zahlen von 1 bis 9. Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile, jeder Spalte und in jedem der neun 3x3-Blöcke nur einmal vorkommen.

Das Lösungswort ergibt sich aus den grauen Feldern waagrecht fortlaufend, nach folgendem Schlüssel:
1=T, 2=E, 3=S, 4=N, 5=V, 6=A, 7=R, 8=I, 9=B

Schicken Sie das Lösungswort an Solidar Suisse mit einer Postkarte oder per E-Mail an: kontakt@solidar.ch, Betreff «Rätsel».

- 1. Preis** Ein Handtuch aus El Salvador
- 2. Preis** Ein silbernes Buchzeichen aus Bolivien
- 3. Preis** Mangos aus Burkina Faso

Einsendeschluss ist der 24. Juni 2022. Die Namen der Gewinner*innen werden in der Solidarität 3/2022 veröffentlicht. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Von der Teilnahme ausgeschlossen sind Mitarbeitende von Solidar Suisse.

Die Lösung des Rätsels in der Solidarität 1/2022 lautete «Just Transition». Marie Pierre Maystre aus Genf hat ein Tuch aus Burkina Faso, Susanna Sturm aus Langnau eine Schutzmaske aus Moçambique und Michel Collet aus Penthelaz Mangos aus Burkina Faso gewonnen. Wir danken allen Mitspielenden für die Teilnahme.

Lösungswort:

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

NZZ am Sonntag

Glückskette: So werden die 82 Millionen Franken eingesetzt
NZZ am Sonntag, 20.3.2022

(...) Vor zwei Wochen war Tasha Rumley, Programmverantwortliche bei der Stiftung Glückskette, in Polen, um sich einen Überblick über die Flüchtlingssituation zu verschaffen. Diese Woche war sie nun an der ukrainisch-rumänischen Grenze. «Die Bedürfnisse der Geflüchteten sind sehr verschieden», sagt sie nach ihrer Rückkehr. «Einige brauchen nur eine europäische SIM-Karte (...), andere stehen vor dem Nichts.» (...) In einem ersten Schritt hat die Glückskette nun 300 000 Franken für ein Projekt der Schweizer Organisation Solidar gesprochen. Es besteht darin, mittellose Flüchtlinge mit Bargeld zu versorgen, mit rund 300 Franken pro Familie. Es mag auf den ersten Blick erstaunen, dass den Flüchtlingen Geld in die Hand gedrückt wird. Das sei aber viel sinnvoller, sagt Rumley, als Kleider oder Hygieneartikel zu schicken: «So können sich die Menschen das kaufen, was sie wirklich benötigen.»

TOP

Schweizer Hilfe an der ukrainischen Grenze
Radio Top, 10.3.2022

Menschen aus der Schweiz sind an der Grenze zur Ukraine und helfen Flüchtenden. Eine der Helferinnen ist Melanie Wirz (...). Brutal kalt sei es gerade im nordrumänischen Siret, erzählt Melanie Wirz. Sie arbeitet bei Solidar Suisse und hilft in der Grenzstadt zur Ukraine Flüchtende zu empfangen und mit dem Notwendigsten zu versorgen. Viele Menschen würden zu Fuss in der Stadt ankommen und erstmal einen warmen Platz benötigen, berichtet Wirz weiter. Laut unbestätigten Meldungen stauen sich die Autos vor der Grenze über mehrere Kilometer, weshalb die Flüchtenden ihr Fahrzeug stehen lassen und die Flucht zu Fuss fortsetzen. Die Stimmung sei extrem ruhig und die Flüchtenden seien gefasst, sagt Wirz. Auch die Situation in der Stadt habe sich in den vergangenen zwei Wochen – seit Beginn des Konflikts – verbessert, die Organisation der Helfenden und Materialien werde immer besser.



Schweizer NGOs rücken zusammen

SEV Zeitung, 12.2.2022

Solidar Suisse ist neu Mitglied von Alliance Sud, der gemeinsamen Plattform für Entwicklungspolitik der wichtigsten Schweizer NGOs. Felix Gnehm, Direktor von Solidar Suisse, erläutert die Hintergründe. (...) «Seit 50 Jahren setzt sich Alliance Sud in der Politik, der Öffentlichkeit und gegenüber Wirtschaftsakteuren für globale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung ein. Zentral ist, dass Alliance Sud somit mit geballter Kraft, aber parteipolitisch ungebunden, Einfluss auf die Politik der Schweiz im Interesse der benachteiligten Menschen in den Ländern des globalen Südens nehmen kann. (...) Wir profitieren vom Alliance Sud-Know-how in Bereichen wie Klimapolitik, Steuerungsgerechtigkeit, Handelspolitik sowie Wirtschaft und Menschenrechte. Im Gegenzug (...) kann Solidar Suisse mithelfen, den Fokus auf die drastische Missachtung von Arbeitsrechten zu lenken.»

AKTIV WERDEN

Kämpfen Sie mit uns für globale Fairness. Dazu gibt es im Kleinen wie im Grossen viele Möglichkeiten. Hier ein paar konkrete Vorschläge.

Veranstaltung zu Just Transition besuchen

Um die Klimakatastrophe abzuwenden, müssen wir unsere Lebens- und Wirtschaftsweise nachhaltig gestalten: Es braucht einen ökologischen und sozial gerechten Wandel, eine Just Transition. Denn die Länder des Südens dürfen nicht den Preis für die von den Industrieländern verursachte Klimakrise bezahlen. Wie kann dies gelingen? Welche Rolle spielt die Entwicklungszusammenarbeit dabei? Podiumsdiskussion am 2. Juni um 18 Uhr im Volkshaus Zürich.



INFOS UNTER
www.solidar.ch/gv-2022

Machen Sie mit bei unserem Quiz!

Asbest wurde in der Schweiz bereits vor 30 Jahren verboten. Trotzdem werden Arbeiter*innen, die dem giftigen Stoff beim Bau oder beim Abriss von Gebäuden ausgesetzt waren und sind, weiterhin geschädigt. Wissen Sie, wie viel Prozent der Todesfälle in der Schweiz aufgrund von Berufskrankheiten durch Asbest ausgelöst werden? Und in wie vielen Ländern Asbest weiterhin erlaubt ist, oder wo sogar noch Asbestminen betrieben werden?



ZUM QUIZ
www.solidar.ch/quiz

Spenden Sie für ukrainische Geflüchtete

Gemeinsam mit zwei lokalen Partnerorganisationen leisten wir in Rumänien sofortige Nothilfe für Zehntausende geflüchteter Menschen aus der Ukraine und versorgen sie mit dem Nötigsten: einem Dach über dem Kopf, Grundgütern, Wasser, Verpflegung, Hygiene und Beratung. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!



SPENDEN
www.solidar.ch/ukraine

MITKÄMPFEN

IMPRESSUM

Herausgeber Solidar Suisse, Quellenstrasse 31, 8005 Zürich, Tel. 044 444 19 19, E-Mail: kontakt@solidar.ch, www.solidar.ch
Postkonto 80-188-1
Mitglied des europäischen Netzwerks Solidar
Redaktion Katja Schurter (verantwortliche Redaktorin), Christian von Allmen, Lionel Frei, Benjamin Gross, Cyrill Rogger

Layout artischock.net
Übersetzungen Katja Schurter, Anne Walder Pfyffer
Korrektorat Jeannine Horni, Catherine Vallat
Druck und Versand Unionsdruckerei/subito AG, Walther-Bringolf-Platz 8, 8201 Schaffhausen
Erscheint vierteljährlich, Auflage: 37 000
Der Abonnementspreis ist im Mitgliederbeitrag

inbegriffen (Einzelmitglieder mindestens Fr. 70.–, Organisationen mindestens Fr. 250.– pro Jahr).
Gedruckt auf umweltfreundlichem Recycling-Papier.

Rückseite So sieht die extreme Ungleichheit, welche die Welt zerreisst, in Brasilien aus.
Foto: Spinax Civil Voices



SPINAS CIVIL VOICES

EXTREME UNGLEICHHEIT: SO SIEHT'S AUS.



Rund zwei Dutzend Milliardäre besitzen gleich viel Vermögen wie fast vier Milliarden Menschen. Das ist nicht nur unfair, sondern auch gefährlich. Damit extreme Ungleichheit nicht die Welt zerreißt, braucht es jetzt Ihre Solidarität. **Kämpfen Sie mit für globale Fairness? solidar.ch**



SOLIDAR SUISSE